

Deutschland muss Industriestandort bleiben. Voraussetzung sind Innovationen. Hierzu zählt eine gelungene Energiewende. Sie muss sozial verträglich sein.

Um den Übergang zu einer nachhaltigen Energieversorgung erfolgreich zu gestalten, bedarf es politischer und rechtlicher Voraussetzungen, die eine verlässliche Basis für langfristige Investitionen und für Innovationen darstellen.

Ziel muss es sein:

ökonomisches Wachstum und internationale Wettbewerbsfähigkeit sowie sozialen Fortschritt, Klimaschutz und Versorgungssicherheit gleichermaßen zu gewährleisten.

Ohne technologische, soziale und wirtschaftliche Innovationen wird das nicht gelingen.

HERAUSFORDERUNGEN

- Die Entwicklung technologischer Innovationen, die dem auf der UN-Klimaschutzkonferenz in Paris verabredeten globalen Klimaschutz dienen.
- Die Integration der Energiewende in eine soziale, ökonomische und ökologische Innovationsstrategie. Diese muss so angelegt sein, dass weder Arbeitnehmer noch die Volkswirtschaft überfordert werden.

KLIMASCHUTZ UND WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

In energie- und klimapolitischen Diskussionen werden die Bedeutung technologischer Entwicklungen und deren Einflüsse auf wirtschaftliche Prozesse unterschätzt. Die Energiewende wird nur funktionieren, wenn die effizientesten und kostengünstigsten Hebel genutzt werden, um Treibhausgas zu vermeiden.

Wir müssen eine reale und internationale CO₂-Minderung anstreben und die Verlagerung von Emissionen strikt verhindern.

Investitionen in Innovationen für den Klimaschutz sollten nicht zu Lasten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gehen.

Das **Europäische Emissionshandelssystem (ETS)** ist ein zentrales und effizientes Instrument, um den Ausstoß von Treibhausgas zu drosseln und das Klima zu schützen.

Die Energiewende in Deutschland muss sozial verlässlich gestaltet werden. Die Finanzierung erneuerbarer Energien alleine durch Umlagen auf den Stromverbrauch erscheint weder sozial gerecht, noch auf Dauer haltbar. Sie muss hinterfragt werden.

Im Klimaschutz der Bundesregierung wird **Treibhausgas-Neutralität** überwiegend mit Dekarbonisierung gleichgesetzt, also mit dem Verzicht auf Kohle, Öl und Gas. International hingegen schließt Treibhausgas-Neutralität eine weitere Nutzung fossiler Energien ein, was deutlich mehr Optionen zur Gestaltung der Energiewende eröffnet. Die Steigerung der Energieeffizienz muss stärker in das Zentrum der Energiewende rücken. Hier liegen die größten, nicht ausgeschöpften Potenziale für die Senkung der Treibhausgasemissionen. Wenn Strom überwiegend aus erneuerbaren Energien ohne Subventionen erzeugt werden und die Produktion mit dem EU-Binnenmarkt vereinbar sein soll, sind technologische, ökonomische und regulatorische Innovationen erforderlich. Der weitere Ausbau erneuerbarer Energien muss effizienter erfolgen.

Innovationen brauchen ausreichend sichere Planungsperspektiven, damit auf Forschungsergebnisse industrielle Investitionen folgen können. Kurzfristige klimapolitische Sektorenziele zu postulieren und an bestimmte Jahreszahlen zu koppeln, hilft nicht weiter.

FAZIT

Eine so verstandene Klima- und Energiepolitik setzt weniger auf Regulierung als auf die Förderung neuer Energie- und Klimaschutztechnologien – sowohl bei Forschung und Entwicklung als auch bei der Markteinführung. Es darf keinen Ausschluss einzelner Effizienzpotentiale durch einschränkende Vorgabe bestimmter erneuerbarer Lösungen oder Technologien geben. Energieeffizienz muss zentrales Ziel sein, um eine ineffiziente Überdimensionierung des Energiesystems mit hohen Gesamtkosten zu vermeiden.



HYDRO

Infinite aluminium

Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie

